

**Tübinger Schriften
zum Staats- und Verwaltungsrecht**

Band 103

**Das strukturelle Homogenitätsgebot
in der deutschen und österreichischen
Bundesstaatslehre**

Eine vergleichende rechtshistorische Untersuchung

Von

Alexander Gorskiy



Duncker & Humblot · Berlin

ALEXANDER GORSKIY

Das strukturelle Homogenitätsgebot in der deutschen
und österreichischen Bundesstaatslehre

Tübinger Schriften
zum Staats- und Verwaltungsrecht

Herausgegeben von

Christian Seiler

in Gemeinschaft mit

Jochen von Bernstorff, Michael Droege

Martin Heckel, Karl-Hermann Kästner, Ferdinand Kirchhof

Hans von Mangoldt, Martin Nettesheim, Thomas Oppermann

Günter Püttner, Barbara Remmert, Michael Ronellenfitsch

Johannes Saurer, Wolfgang Graf Vitzthum

sämtlich in Tübingen

Band 103

Das strukturelle Homogenitätsgebot in der deutschen und österreichischen Bundesstaatslehre

Eine vergleichende rechtshistorische Untersuchung

Von

Alexander Gorskiy



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät
der Eberhard Karls Universität Tübingen
hat diese Arbeit im Sommersemester 2018
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D 21

Alle Rechte vorbehalten
© 2019 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Ochsenfurt-Hohestadt
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0935-6061
ISBN 978-3-428-15749-5 (Print)
ISBN 978-3-428-55749-3 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85749-4 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen lieben Eltern
in grenzenloser Dankbarkeit*

*Моим дорогим родителям
с бесконечной благодарностью*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2018 von der Juristischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen als Dissertation angenommen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die theoretische Idee der strukturellen (organisationsrechtlichen) Homogenität und ihre bundesverfassungsrechtliche normative Verankerung in Gestalt des sog. Homogenitätsgebotes in Deutschland und Österreich. Für den Verfasser war es interessant zu untersuchen, *warum* die gegenwärtigen bundesverfassungsrechtlich vorbestimmten Modelle der Staatsorganisation in den deutschen und österreichischen Ländern – obwohl beide Bundesstaaten in kultureller, historischer, politischer und rechtlicher Hinsicht verwandt und durch Verflechtungen bzw. Wechselbeziehungen geprägt sind – auf so unterschiedliche theoretische und normative Weise begründet bzw. verankert wurden. Dieses persönliche wissenschaftliche Interesse stellte den wichtigen Grund für die Auswahl des Forschungsthemas dar.

Die Arbeit hatte daher zum Ziel, das bundesstaatliche Homogenitätserfordernis in Bezug auf die Staatsorganisation der deutschen und österreichischen Länder in seinem theoretischen Verständnis sowie in der konkreten normativen bundesverfassungsrechtlichen Ausgestaltung in verschiedenen historischen Phasen der beiden deutschsprachigen Bundesstaaten aufzuzeigen und seine Evolution aus rechtswissenschaftlicher Perspektive zu beurteilen.

Mein bester Dank gebührt in erster Linie meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Jochen von Bernstorff, LL.M. Ich danke ihm herzlich für sein mir entgegengebrachtes Vertrauen – dem damaligen LL.M.-Absolventen, den er als Doktorand angenommen hatte und später als wissenschaftliche Hilfskraft in seinem Lehrstuhlteam angestellt hat, sowie für seine fachliche und organisatorische Unterstützung im Laufe des gesamten Promotionsstudiums.

Bei der gemeinsamen Erörterung des Themas der Dissertation wurde ich von meinem Doktorvater vor die große und ambitionierte Aufgabe gestellt, ein für die Homogenitätsproblematik *grundlegendes* Werk zu erstellen. Ob ich diese Aufgabe erfolgreich gemeistert habe, möge nicht ich beurteilen, sondern allein die Leserinnen und Leser dieser Arbeit. Worauf ich aber Gewicht lege, ist, dass in dieser Arbeit *erstmalig* der Versuch unternommen wurde, eine in historischer und inhaltlicher Hinsicht so *umfangreiche* Untersuchung durchzuführen, welche die *gesamte* Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des strukturellen Homogenitätsgebotes in seiner dogmatischen und normativen Entfaltung seit dem Westfälischen Frieden von 1648 bis in die Gegenwart umfasst. In Bezug auf diese Arbeit könnte auch die

Tatsache als bemerkenswert angesehen werden, dass der Verfasser, der selbst weder Deutscher noch Österreicher ist, angesichts seiner persönlichen und fachlichen Verbundenheit sowohl zu Deutschland als auch zu Österreich, die Homogenitätsfrage in beiden Ländern von einem gewissermaßen neutralen Standpunkt aus behandelt. Die vorliegende Untersuchung möge einen wissenschaftlich bedeutsamen Beitrag nicht nur für die deutschsprachige Rechtsgeschichte und das deutsche und österreichische Verfassungsrecht liefern, sondern in theoretischer Hinsicht wünschenswerterweise auch für beispielsweise das Verständnis des föderalen Verbundes zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten sowie für die anderen nationalen Bundesstaatsordnungen der Gegenwart.

Großen Dank spreche ich an dieser Stelle auch Herrn Prof. Dr. Martin Nettesheim aus, der sich bereit erklärt hat, diese Arbeit als Zweitgutachter zu betreuen. Herrn Prof. Dr. Christian Seiler und dem Berliner Verlag Duncker & Humblot danke ich für ihr positives Votum und die freundliche Aufnahme meiner Arbeit in die vorliegende Schriftenreihe.

Die vorliegende Arbeit hätte nicht entstehen können ohne die umfassende Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung während meines Master- und anschließenden Promotionsstudiums. Diese Unterstützung beschränkte sich nicht allein auf den finanziellen Aspekt, sondern umfasste auch ein hervorragendes Seminarprogramm mit inhaltlicher Förderung im Rahmen des Stipendiums. Für ihre professionelle Begleitung, Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit danke ich allen Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung, besonders Herren Prof. Dr. Nils Abraham (derzeit FH für öffentliche Verwaltung NRW), Dr. h. c. Berthold Gees sowie Dr. Simon Backovsky von der Ausländerförderung. Erneut spreche ich Herrn Prof. Dr. Martin Nettesheim, nun als Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung vor Ort, meinen Dank aus für seine Gastfreundschaft und die vielen interessanten Gespräche während der Jahrestreffen meiner Stipendiatengruppe in Tübingen.

Für ihr Interesse an meiner Forschung, ihre für mich so wichtigen fachlichen Stellungnahmen und die spannenden Gespräche bedanke ich mich ganz herzlich bei Herren Prof. Dr. Dres. h. c. Thomas Oppermann (†), Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Graf Vitzthum, LL.M. und Prof. Dr. Armin Dittmann. Eine besondere Verbundenheit besteht zu meinem ehemaligen Moskauer Betreuer Herrn Prof. Dr. Mikhail Krasnov, der mein Interesse an staatswissenschaftlichen Fragestellungen stets unterstützt und auf jede Art und Weise angeregt hat.

Ein wichtiger Bestandteil meines Promotionsstudiums war das Forschungssemester an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Der Aufenthalt in Tirol wurde mir durch das Programm Erasmus+ organisatorisch ermöglicht und von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanziell gefördert. Für die Betreuung vor Ort danke ich Frau Prof. Dr. Annegret Eppler, Ass. jur. (derzeit Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl).

Für ihre unermüdliche Hilfe bei meiner Literatursuche sowie ihre qualifizierte Beratung rund um die juristische Fachliteratur in Tübingen bedanke ich mich recht

herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Juristischen Seminars, vor allem bei den Kolleginnen Petra Bertscheit, Ursula Ebinger und Ulrike Schmid.

Ein großes Dankeschön möchte ich auch Herrn Dipl.-Übers. Munir Qureshi aus Mannheim für sein hervorragendes Korrektorat und Lektorat dieser Arbeit aussprechen.

Ein besonderer Dank gilt Frau Isolde Zeiler, die mir mit Rat und Tat in all meinen Jahren in der Universitätsstadt zur Seite stand und weiterhin steht.

Die vorliegende Arbeit widme ich meinen lieben Eltern und Großeltern in herzlicher Dankbarkeit für ihren Glauben an mich und ihre bedingungslose Unterstützung bei all meinen Vorhaben. Obwohl etwa zweitausend Kilometer zwischen uns liegen, fühle ich ihre große Liebe und ihren Rückhalt jeden Tag hier, am Neckar-Ufer. Zu guter Letzt verdanke ich all meinen Freunden, Kommilitonen, Konspendiaten und Kollegen wunderbare Studienjahre in Deutschland.

Tübingen, März 2019

Alexander Gorskiy

Предисловие

Настоящая работа была принята Юридическим факультетом Тюбингенского университета им. Эберхарда и Карла в летнем семестре 2018 г. в качестве диссертации.

В центре исследования находится теоретическая идея структурной (организационно-правовой) гомогенности и её федеральное конституционно-правовое нормативное закрепление в виде так называемого требования (принципа) гомогенности в Германии и Австрии. Для автора было интересно, почему предопределённые в федеральной конституции современные модели государственной организации в немецких и австрийских землях, несмотря на то что оба федеративных государства являются культурно, исторически, политически и юридически родственными и взаимосвязанными, в значительной степени по-разному теоретически обоснованы и нормативно закреплены. Этот личный научный интерес являлся важной причиной для выбора настоящей темы исследования.

Таким образом, данная работа имела своей целью показать федеральное требование гомогенности по отношению к государственной организации немецких и австрийских земель в его теоретическом понимании, а равно в его конкретном федеральном конституционно-правовом нормативном оформлении в различные исторические периоды в обоих немецкоязычных федеративных государствах, и дать правоведческую оценку его эволюции.

Выражаю большую благодарность, в первую очередь, моему научному руководителю проф. д-ру Йохену фон Бернсторффу. Благодарю его сердечно за оказанное доверие мне, тогдашнему магистранту, которого он взял в свои аспиранты и позднее в младшие научные сотрудники на кафедру, а также за профессиональную и организационную поддержку в течение всего периода обучения в аспирантуре.

При обсуждении темы будущего диссертационного исследования моим научным руководителем была поставлена большая и амбициозная задача – подготовить работу, которая могла бы стать *фундаментальной* по теме гомогенности в федеративном государстве. Насколько успешно автор смог справиться с поставленной задачей – судить не ему, а исключительно читателям. На что, однако, хотелось бы обратить особое внимание, так это то, что в представленной работе *впервые* было проведено настолько исторически и тематически *обширное* исследование, которое охватило *всю* историю становления и развития требования структурной гомогенности в его догматическом и нор-

мативном проявлении начиная с Вестфальского мирного договора 1648 г. и до наших дней. В отношении настоящей работы можно также указать на такой примечательный факт, что автор является иностранным гражданином и, несмотря на личную и профессиональную тесную связь с Германией и Австрией, он старался рассмотреть вопрос гомогенности в обеих странах в определённой степени с нейтральной позиции. Настоящее исследование имеет научное значение не только для немецкоязычной истории права и для немецкого и австрийского конституционного права, но и может представлять определённый научный интерес, например, для понимания федеративного объединения между государствами-членами Европейского Союза, а также других национальных федеративных систем современности.

Также выражаю большую благодарность проф. д-ру Мартину Неттесхайму за его готовность выступить в качестве рецензента настоящей работы. Проф. д-ра Кристиана Зайлера и берлинское издательство «Дункер и Хумблот» благодарю за положительное решение и любезное согласие на публикацию моей работы в данной серии.

Данное диссертационное исследование не могло бы быть проведено без всесторонней поддержки Фонда им. Конрада Аденауэра, которая была оказана автору во время его обучения в магистратуре и аспирантуре. Речь идёт не только о финансовой поддержке, но и о содержательной составляющей в виде превосходной семинарской программы в рамках стипендии. Хотелось бы поблагодарить всех сотрудников Фонда им. Конрада Аденауэра за их высококвалифицированную работу, отзывчивость и доброжелательность, в особенности проф. д-ра Нильса Абрахама (в настоящее время – Высшая школа публичного управления земли Северный Рейн-Вестфалия), почётного д-ра Бертольда Гееса и д-ра Симона Бачковского. Повторно выражаю благодарность проф. д-ру Мартину Неттесхайму, теперь как преподавателю-наставнику Фонда им. Конрада Аденауэра, за его гостеприимство и интересные разговоры во время ежегодных встреч моей группы стипендиатов в Тюбингене.

За интерес к моему исследованию, важные для меня профессиональные мнения и увлекательные беседы благодарю сердечно проф. д-ра Томаса Опперманна (†), проф. д-ра Вольфганга Графа Витцтума и проф. д-ра Армина Диттманна. Особенно тесная связь сохраняется с моим первым научным руководителем из Москвы д. ю. н., проф. Михаилом Александровичем Красновым, который не только поддержал мой интерес к проблематике конституционного права в России и за рубежом, но и всячески стимулировал его на протяжении последних десяти лет.

Важной составной частью моего обучения в аспирантуре стал исследовательский семестр на факультете правоведения Иннсбрукского университета им. Леопольда и Франца. Пребывание в австрийском Тироле было бы невозможно без организационной поддержки в рамках общеевропейской программы «Эразмус+» и финансирования Фонда им. Конрада Аденауэра. За

оказание поддержки на месте благодарю проф. д-ра Аннегрет Эпплер (в настоящее время – Высшая школа публичного управления г. Кель).

За квалифицированную помощь с поиском научной литературы для настоящей работы благодарю сердечно всех сотрудников юридической библиотеки Тюбингенского университета, в особенности коллег Петру Бертшайт, Урсулу Эбингер и Ульрике Шмид.

Большую благодарность выражаю также дипломированному переводчику Муниру Куреши за его лингвистическую корректуру настоящей работы.

Особая благодарность г-же Изольде Цайлер, которая всячески поддерживала меня словом и делом на протяжении всех лет моей жизни в университетском городе.

Настоящую работу я посвящаю моим дорогим и горячо любимым родителям и ныне здравствующим бабушкам, а также моим дедушкам, которых с нами, к сожалению, больше нет, с сердечной благодарностью за их веру в меня и безоговорочную поддержку всех моих начинаний. Пусть нас и разделяют около двух тысяч километров, я всё же отчётливо ощущаю их большую любовь и поддержку здесь, на берегах Неккара. За прекрасное время обучения в Германии чувствую себя признательным всем моим друзьям, товарищам и коллегам по университету и ко-стипендиатам.

Тюбинген, март 2019 г.

Александр Горский

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	27
A. Die Notwendigkeit des Homogenitätserfordernisses in der Bundesverfassung	27
B. Das strukturelle (organisationsrechtliche) Homogenitätsgebot als eine der normativen Erscheinungsformen der bundesstaatlichen Homogenität	29
C. Die bundesverfassungsrechtliche Verankerung des Homogenitätsgrundsatzes	32

Kapitel I

Die Entstehung der germanischen Bundesstaatslehre in der Zeit des Vorkonstitutionalismus 36

A. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation nach dem Westfälischen Frieden: Ius territoriale der Reichsstände	36
1. Vorbemerkungen	36
2. Die Positionsverbesserung der Landesherren als Voraussetzung für die Entstehung der germanischen Bundesstaatsidee	37
3. Ludolph Hugo als Stammvater der Staatenstaatslehre	42
4. Kritik von Samuel Pufendorf: „undenkbar, dass ein Staat mehrere Staaten in sich enthalte“	45
5. Die Annäherung an das moderne Bundesstaatsverständnis durch Gottfried Wilhelm Leibniz	47
6. Die Entstehung des preußisch-österreichischen Dualismus: Johann Stephan Pütter als Hüter des Alten Deutschen Reiches	49
B. Das große Deutschland an der Wegkreuzung: Auf der Suche nach der Form des Zusammenlebens nach der Auflösung des Alten Reiches	56
1. Vorbemerkungen (Historische Gegebenheiten des Zerfalls des Alten Deutschen Reiches)	56
2. Nicolaus Gönners Staatsverein als Form der Vereinbarkeit der Prinzipien der Staatentrennung und der Staatseinheit	59
3. Wilhelm Joseph Behr und die volkssouveräne Natur des Rheinbundes	62
4. Die Gründung des Deutschen Bundes als Ausdruck der preußisch-österreichischen Koexistenz	68
5. Die Beurteilung der deutschen Einzelstaaten nach Johann Ludwig Klüber	71

6. Der Einfluss der liberalen Bewegungen auf die Bundesstaatslehre im Deutschen Bund: Denkschrift von Friedrich Gagern 74

Kapitel II

Die Homogenitätsidee nach der monarchischen Bundesstaatslehre des jüngeren Konstitutionalismus 80

- A. Die Paulskirchenverfassung von 1848/49 und der erste Versuch einer bundesverfassungsrechtlichen Bestimmung des Homogenitätsgebotes 80
1. Die Entstehungsgeschichte, das Wesen und der Umfang der bundesverfassungsrechtlichen Homogenitätsvorschriften 80
 2. Der Maßstab der Frankfurter Reichsverfassung für die Staatsorganisation der deutschen Einzelstaaten 90
 - a) „Volksvertretung mit entscheidender Stimme“ 90
 - b) Die Exekutive als tatsächlich verbleibende Prerogative des Monarchen 92
 - c) „Ungleiche Gegengewichte“ 93
- B. Der „Kremsierer Entwurf“ von 1848/49 zu einer Verfassungsurkunde für das Kaisertum Österreich 95
1. Vorgeschichte 95
 2. Autonomie der Reichsländer und scheinbarer Grundsatz einer vertikalen Gewaltentrennung 97
 3. Reichsrechtlich rahmenbedingte Staatsorganisation der österreichischen Länder 101
 - a) Der Landtag und seine Gesetzgebungsfunktion 101
 - b) Die Landesregierung und ihre Verantwortlichkeit 102
- C. Die Institutionalisierung der herrschenden Bundesstaatslehre in Deutschland 105
1. Das Konzept von Georg Waitz: Die organisationsrechtliche Selbständigkeit der Einzelstaaten und der Gesamtheit 105
 2. Die Erläuterung von Heinrich Zachariä 109
 3. Befürworter der Waitzschen Bundesstaatstheorie 113
 4. Abweichende Lehrmeinungen 118
- D. Das neue Deutsche Reich als bundesstaatliche Verbindung der deutschen Einzelstaaten 121
1. Die Reichsverfassung von 1871 ohne formalrechtliche Homogenitätserfordernisse 121
 2. Der Einfluss der Reichsgründung auf die Staatenstaatstheorie: Die Abkehr von der Waitzschen Auffassung 126
 3. Die Rechtsnatur der kaiserdeutschen Einzelstaaten 128
 4. Albert Hänel und die „organische Totalität“ des Bundesstaates 131
 5. Paul Laband über die Gliedstaaten als juristische Personen 135
 6. Siegfried Brie als Anwalt der klassischen Staatenstaatstheorie 141

7. Georg Jellineks Bundesstaatstheorie: Gliedstaaten als eine Art von nichtsouveränen Staaten 143

 a) Die Souveränität ist kein wesentliches Merkmal der Staatsgewalt 144

 b) Bundesstaatsbegriff 147

 c) Staatsrechtliche Stellung der Gliedstaaten im Bundesstaat 149

 aa) Status subjectionis 150

 bb) Status libertatis (negativus) 150

 cc) Status positivus 151

 dd) Status activus 152

 d) Selbstorganisation der Gliedstaaten 152

E. Die organisationsrechtliche Stellung der Kronländer in Österreich-Ungarn 155

 1. Die staatsrechtliche Natur der Habsburger Monarchie nach dem Ausgleich von 1867 155

 2. Die Machtstruktur der österreichischen Kronländer: Staatliche Organisation ohne Staatlichkeit? 158

Kapitel III

Paradigmenwechsel in Deutschland und Österreich: Einfluss des Grundsatzes der Freistaatlichkeit auf die Verfassungsgesetzgebung und Bundesstaatlichkeit 161

A. Die Selbstorganisation der deutschen Länder in der Weimarer Republik 161

 1. Allgemeine Anmerkungen: Zerfall des Monarchismus und inneres Selbstbestimmungsrecht der deutschen Einzelstaaten 161

 2. Gliedstaatlichkeit und Verfassungsautonomie der reichsrepublikanischen Länder aus organisationsrechtlicher Sicht 163

 3. Das innerstaatliche Homogenitätsgebot nach der WRV: Drei Anforderungen an die Länder 168

 4. Die erste Anforderung: Jedes Land muss eine freistaatliche Verfassung haben (Grundsatz der Freistaatlichkeit) 172

 5. Die zweite Anforderung: Jedes Land muss eine demokratisch gewählte Volksvertretung haben (Entwicklung des Demokratieprinzips) 174

 a) Rechtsnatur der Volksvertretung 174

 b) Parlamentarisches Einkammersystem 176

 c) Vorzeitige Beendigung der Legislaturperiode des Landtages 178

 6. Die dritte Anforderung: Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung (Parlamentarische Regierungsform) 180

 a) Die Rechtsnatur des parlamentarischen Regierungssystems in den Ländern und die Stellung der Landesregierung 180

 b) Das Staatsoberhaupt in den deutschen Länderrepubliken 183

 c) Die parlamentarische Zusammensetzung der Landesregierung 184

7. Hans Nawiasky und seine „modernisierte Staatenstaatstheorie“	187
a) Der Kompetenzbegriff als Wesen des Bundesstaates	188
b) Eigenstaatlichkeit der Glieder des Bundesstaates	191
c) Bundesverhältnis: Gegenseitige Rechte des Gesamtstaates und der Gliedstaaten	193
d) Selbstorganisation der deutschen Länder im Rahmen des strukturellen Homogenitätsgebotes nach der WRV	195
8. Herangehensweise von Carl Schmitt und Ernst Forsthoff an die Bundesstaatsproblematik: Substanzielle Gleichartigkeit (Homogenität) als Mittel zur Vermeidung eines existenziellen Konfliktfalls	198
B. Der Übergang Österreichs zur bundesstaatlichen Organisationsform	206
1. Der Zerfall der Österreich-Ungarischen Monarchie und die Entstehung der demokratischen Republik Deutschösterreich: Kampf um den Föderalismus	206
2. Die Gliedstaaten der Ersten Republik: Die staatsrechtliche Natur der österreichischen Länder nach dem Bundes-Verfassungsgesetz von 1920	213
3. Das komplexe bundesstaatliche Homogenitätsgebot nach den Vorschriften des B-VG	218
a) Allgemeines Konzept	218
b) Der Landtag	222
aa) Rechtsnatur und Zusammensetzung	222
bb) Legislaturperiode der Landtage	225
c) Die Landesregierung	227
aa) Landesverwaltung und parlamentarische Regierungsform der Länder	227
bb) Zusammensetzung der Landesregierung	229
cc) Grundsätze der inneren Organisation der Landesregierung	233
d) Landeshauptmann und mittelbare Bundesverwaltung	235
4. Die Dezentralisationstheorie von Hans Kelsen und die österreichische Bundesstaatslehre der Wiener Schule des Rechtspositivismus	237
a) Die Systematik des Bundesstaatsbegriffs Kelsens	238
aa) Souveränität als wesentliches Merkmal eines jeden Staates: Zur Frage der Fehlerhaftigkeit der bisher herrschenden Bundesstaatstheorien	238
bb) Territoriale Gliederung des Staates: Zentralisation und Dezentralisation	240
cc) Bundesstaatsbegriff nach der Dezentralisationstheorie	242
b) Staatsrechtlicher Status der Gliedstaaten (Länder)	244
c) Innere Organisation der Gliedstaaten als Teilrechtsordnungen	247
aa) Bundesstaatliche Homogenität im Sinne der Dezentralisationstheorie	247
bb) Das System der Staatsorgane der Länder	248
cc) Gesetzgebungsorgan	249
dd) Vollziehende Gewalt der Länder	250

Kapitel IV

Die Wiedererrichtung der Bundesstaatlichkeit in Deutschland und Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg

254

A. Das bundesstaatliche Homogenitätsgebot nach der Verfassungsurkunde des Parlamentarischen Rates und seine Entwicklung bis zur Deutschen Wiedervereinigung . . .	254
1. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die Rechtsnatur der westdeutschen Länder	254
2. Entstehungsgeschichte des bundesstaatlichen Homogenitätsgebotes nach dem GG und seine Urbedeutung	259
3. Das strukturelle Homogenitätsgebot im Koordinatensystem der nachkriegserischen Bundesstaatslehre und -praxis	264
a) Die Bundesrepublik Deutschland als Bundesstaat: Begriff und typische Merkmale	264
b) Die Staatsqualität der westdeutschen Länder	267
c) Verfassungsautonomie der bundesdeutschen Gliedstaaten	270
d) Homogenitätsgrundsatz und Staatsorganisation der Länder	272
4. Inhalt und Tragweite des Homogenitätsgebotes nach Art. 28 I GG: Staatsstrukturprinzipien und ihre organisationsrechtlichen Erscheinungsformen	275
a) Umfang der grundgesetzlichen Homogenitätsforderungen	275
b) Der republikanische Grundsatz	277
aa) Allgemeine Anmerkungen	277
bb) Staatsoberhaupt	278
c) Der demokratische Grundsatz	280
aa) Allgemeine Anmerkungen	280
bb) Verfassungsmäßige Natur der gliedstaatlichen Volksvertretungen	281
d) Der rechtsstaatliche Grundsatz	284
B. Das Homogenitätsprinzip im Lichte der relativen Verfassungsautonomie der österreichischen Bundesländer und die Eigentümlichkeiten seiner verfassungsrechtlichen Ausgestaltung bis zum Beitritt Österreichs zur EU	289
1. Die Wiederinkraftsetzung des B-VG von 1920 i. d. F. von 1929 und der Neubeginn der Bundesstaatlichkeit in Österreich	289
2. Die herrschende Bundesstaatslehre (Dezentralisationstheorie) im Wandel der Zeit	294
a) Der Bundesstaatsbegriff: Der Bundesstaat „Republik Österreich“ als eine Art des stark dezentralisierten (Einheits-)Staates	294
b) Staatsqualität der österreichischen Länder	299
c) Das Konzept der Landesverfassungen als Ausführungsgesetze zum B-VG und die spätere theoretische und verfassungsgerichtliche Anerkennung der (relativen) Verfassungsautonomie der Bundesländer	302
d) Homogenitätsprinzip und Landesstaatsorganisation im Rahmen des B-VG	306

3. „Komplexe Bundesstaatslehre“ der Innsbrucker Schule (P. Pernthaler, F. Esterbauer, K. Weber, R. Novak)	308
a) Originäre Staatlichkeit der österreichischen Länder	309
b) Verfassungsautonomie der Gliedstaaten	316
c) Das bundesstaatliche Homogenitätsgebot	320
d) Organisationshoheit der Gliedstaaten	324
4. Normative Gestaltung des Homogenitätsprinzips in der Zweiten Republik	327
a) Allgemeine Tendenzen	327
b) Parlamentarisches System und Stellung des Landtages	328
aa) Rechtsnatur und Zusammensetzung	328
bb) Dauer der Legislaturperiode und vorzeitige Auflösung des Landtages	330
c) Die Landesregierung und ihre Organisation	332
aa) Die Rechtsnatur der Landesregierung als oberstes Vollzugsorgan	332
bb) Zusammensetzung der Landesregierung	335
cc) Die Prinzipien der Geschäftsführung der Landesregierung	337
dd) Amtsdauer der Landesregierung und Ende ihrer Funktionen	339
d) Der Landeshauptmann als selbständiger Amtsträger	341
aa) Die verfassungsrechtliche Mehrfunktionalität des Amtes des Landeshauptmannes	341
bb) Der Landeshauptmann als Staatsoberhaupt	342
cc) Der Landeshauptmann und die Landesregierung	346
C. Gegenwärtige Tendenzen in dem theoretischen Verständnis und der praktischen Umsetzbarkeit des bundesverfassungsrechtlichen Homogenitätsgebotes für die Staatsorganisation der deutschen und österreichischen Länder	349
1. Allgemeine Anmerkungen und historischer Hintergrund	349
2. Die Verfassungshoheit und das Recht auf Selbstorganisation als Besonderheiten der Staatlichkeit der Länder	350
a) Die Staatlichkeit der Länder im Sinne der Bundesverfassung	350
b) Staatsgewalt und Verfassungsautonomie der Länder	354
c) Die Organisationshoheit der Gliedstaaten	358
3. Das Erfordernis der strukturellen Übereinstimmung der Bundes- und Landesorganisationen, seine normative Gestaltung und sein theoretischer Inhalt (das organisationsrechtliche Homogenitätsgebot)	360
a) Das Wesen des strukturellen Homogenitätsgebotes als bundesverfassungsrechtliche Normativbestimmung	360
b) Die Rechtswirkungen des strukturellen Homogenitätsgebotes als Bestandteil- oder Durchgriffsnorm	363
c) Der Umfang des strukturellen Homogenitätsgebotes (Bindung an Grundsätze oder konkrete Vorschriften)	365

4. Einzelne Probleme der Bindung der Staatsorganisation der deutschen und österreichischen Länder an die bundesverfassungsrechtlichen Staatsstrukturgrundsätze im Vergleich 370

 a) Der republikanische Grundsatz 371

 b) Der demokratische Grundsatz (Einzelne organisatorischen Aspekte des Rechtsstatus des allgemeinen Vertretungsorgans) 373

 aa) Zusammensetzung 373

 bb) Zulässigkeit eines parlamentarischen Zweikammersystems 376

 cc) Die Legislaturperiode und ihre vorzeitige Beendigung 380

 c) Der (abgeleitete) Grundsatz der Gewaltenteilung 382

 aa) Die parlamentarische Regierungsform der Länder: Sind die Gliedstaaten normativ dazu gezwungen? 382

 bb) Die Bildung der Landesregierung 385

 cc) Die Abwahl der Landesregierung 387

 dd) Die verfassungsrechtliche Stellung des Landesregierungschefs 390

Zusammenfassung 393

Literaturverzeichnis 402

Personen- und Sachverzeichnis 419

Abkürzungsverzeichnis

I. ZPEMRK	Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 20. März 1952, BGBl. 1956 II S. 1880
a. A.	anderer Ansicht
a. F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AJPIL	Austrian Journal of Public and International Law (1991–1995)
Anh	Anhalt
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 (Originaltitel: Gesetz, womit die Republik Österreich als Bundesstaat eingerichtet wird), BGBl. Nr. 1 (aktuelle Fassung laut BGBl. I Nr. 22/2018)
Bad	Baden
BadWürtt	Baden-Württemberg
Bay	Bayern
Bd.	Band
Berl	Berlin (als Land)
BGBI.	Bundesgesetzblatt (für Österreich seit 1920; für Deutschland seit 1949)
Bgld	Burgenland
Brandbg	Brandenburg
Braunschw	Braunschweig
Brem	Bremen (als Land)
bspw.	beispielsweise
BVerf	Bundesverfassung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Deutschland)
BVG	Bundesverfassungsgesetz(e) (Österreich)
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Cap.	Capitel (lat.)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands (seit 1945)
ChE	Chiemseer Entwurf
CSP	Christlichsoziale Partei Österreichs (1883–1934)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern (seit 1945)
d. h.	das heißt
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung

Einl.	Einleitung
etc.	et cetera (lat. und so weiter)
EU	Europäische Union
evtl.	eventuell
f.	und die folgende (Seite/Randnummer)
ff.	und die folgenden (Seiten/Randnummern)
Fn.	Fußnote
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs (seit 1955)
franz.	französisch
FRV	Verfassung des Deutschen Reiches vom 28. März 1849 (Frankfurter Reichsverfassung), RGBl. S. 101
FS	Festschrift
GDE	Verfassungsentwurf der GDVP
GDVP	Großdeutsche Volkspartei (Österreich, 1920–1934)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, BGBl. S. 1 (aktuelle Fassung laut BGBl. I S. 2347)
ggf.	gegebenenfalls
GO	Geschäftsordnung
H.	Heft
Hamb	Hamburg (als Land)
HdtStR	Handbuch des Deutschen Staatsrechts (1930)
Hervorh.	Hervorhebung
Hess	Hessen
Hrsg.	Herausgeber(-in)
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland (1990/2008)
i. d. F.	in der Fassung
i. S. d.	im Sinne der/des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
IPO	Instrumentum Pacis Osnabruicense (lat. Osnabrücker Teil des Westfälischen Friedensvertrages)
JBl	Juristische Blätter
K-E (I – V)	Entwürfe der (deutsch)österreichischen Verfassung von H. Kelsen (Nr. I bis V)
Kap.	Kapitel
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (1919–1956)
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs (seit 1918)
Krnt	Kärnten
KVE	Entwurf zu einer Verfassungsurkunde für das Kaisertum Österreich 1848/49 (Kremsier Entwurf)
lat.	lateinisch
Lfg.	Lieferung
LGBL	Landesgesetzblatt
lit.	Litera
LR-GO	Geschäftsordnung der Landesregierung
LT-GO	Geschäftsordnung des Landtages

LVerf	Landesverfassung
MecklSchw	Mecklenburg-Schwerin
MecklStr	Mecklenburg-Strelitz
MecklV	Mecklenburg-Vorpommern
n. F.	neue Fassung
Nds	Niedersachsen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NÖ	Niederösterreich
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
Old	Oldenburg
OÖ	Oberösterreich
ÖVA	Österreichisches Verwaltungsarchiv
ÖVP	Österreichische Volkspartei (seit 1945)
ÖZÖR	(Österreichische) Zeitschrift für öffentliches Recht
Preuß	Preußen
RegVorl	Regierungsvorlage
RGBL	Reichsgesetzblatt (für Österreich 1849–1918; für Deutschland 1871–1945)
RhPf	Rheinland-Pfalz
Rn.	Randnummer
RV	Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871, BGBL des Norddeutschen Bundes Nr. 16, S. 63
S.	Seite; Satz
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten
Saarl	Saarland
Sachs	Sachsen
SachsAnh	Sachsen-Anhalt
SchaumbLippe	Schaumburg-Lippe
SchlH	Schleswig-Holstein
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (1918–1934)
Slbg	Salzburg (als Land)
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (seit 1890)
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs (seit 1945)
StGG	Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (für Österreich), RGBL. 1867/142
StGH	Staatsgerichtshof
Stmk	Steiermark
TE	Verfassungsentwurf der Tiroler Landesregierung
Thür	Thüringen
u. a.	unter anderem
US	Die Vereinigten Staaten von (Nord-)Amerika betreffend
USA	Die Vereinigten Staaten von (Nord-)Amerika
usw.	und so weiter

v.	von/vom
v. a.	vor allem
V-ÜG	Verfassungs-Überleitungsgesetz
Vbg	Vorarlberg
Verf.	Verfassung; Verfasser
VfGG	Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 (Österreich), BGBl 1953/85
VfGH	Verfassungsgerichtshof (Österreich)
VfSlg	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des VfGH (Österreich)
vgl.	vergleiche
VorlVerf	Vorläufige Verfassung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WO	Wahlordnung
WRV	Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (Weimarer Reichsverfassung), RGBl. 1919, S. 1383
WStV	Verfassung der Bundeshauptstadt Wien vom 15. Oktober 1968 (Wiener Stadtverfassung), LGBl. 28/1968
Württ	Württemberg
z. B.	zum Beispiel
ZfV	Zeitschrift für Verwaltung
zit.	zitiert

Einleitung

A. Die Notwendigkeit des Homogenitätserfordernisses in der Bundesverfassung

Der Bundesstaat ist als Erscheinungsform des Föderalismus ein in Teileinheiten gegliederter Gesamtstaat. Die föderative territoriale Gliederung geht davon aus, dass die Gliedstaaten eines Bundesstaates über ein *bestimmtes Niveau der Eigenständigkeit* verfügen. Dies bedeutet aber nicht, dass der Bundesstaat rechtlich und politisch zersplittert ist. Die Gliedstaaten einerseits und der Oberstaat andererseits gehören gemeinsam zu dem „einheitlichen“ Bundesstaat, weil der Sinn eines jeden Staatsgefüges in der effektiven Ausübung der einigen, vom Volk ausgehenden Staatsgewalt auf dem gesamten Staatsgebiet besteht. Diese „polyzentrische Einheit des Bundesstaates“¹ entspricht der verfassungsrechtlichen Natur der föderalistischen Ordnung. Deswegen bringt sie die Wirkungs- und Rechtseinheit des föderativen Gesamtstaates hervor. Um die Funktionsfähigkeit der gesamten Verfassungsordnung des Bundesstaates zu gewährleisten, ist es notwendig, die *öffentlich-rechtliche* und *politische Kongruenz* zwischen den Landesverfassungen und der Bundesverfassung einerseits sowie andererseits den Landesverfassungen untereinander in ihrer gegenseitigen Verbindung zu sichern. Aus dieser Sicht muss die bundesstaatliche Verfassung einen gewissen *Mindeststandard an Übereinstimmung* der institutionellen Gefüge zwischen den Ländern und dem Bund enthalten. Diese axiomatische Annahme wird in der Staatsrechtslehre als „*Homogenität*“ bezeichnet.

Der Rechtsbegriff „bundesstaatliche Homogenität“ beschreibt ein bestimmtes Verhältnis innerhalb eines Bundesstaates, in dem sich mehrere, *grundsätzlich selbständige* Teileinheiten der gesamten Rechtsordnung zueinander befinden.² Homogenität bedeutet *Gleichartigkeit*: „Bei der Gleichartigkeit bleibt im Unterschied zur Gleichheit immer noch eine irgendwie geartete Ungleichheit bestehen, sie ist die *Ähnlichkeit* innerhalb derselben Art.“³ Als besonderes innerbundesstaatliches Verhältnis dient die Homogenität zur lebensfähigen Einheitlichkeit des verbundenen

¹ *Isensee*, Josef, Idee und Gestalt des Föderalismus im Grundgesetz, in: *Isensee*, Josef/ *Kirchhof*, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band VI: Bundesstaat, 3. Aufl., Heidelberg 2008, § 126 Rn. 18.

² Vgl. *Werner*, Peter, Wesensmerkmale des Homogenitätsprinzips und ihre Ausgestaltung im Bonner Grundgesetz, Berlin und Frankfurt a. M. 1967, S. 10 f.

³ *Lang*, Kaspar, Die Philosophie des Föderalismus. Versuch einer ethisch fundierten Staatsphilosophie der Verantwortung, Zürich 1971, S. 90.

Staatswesens durch die Angleichung, Anpassung und Ausgleichung der Bundesglieder untereinander und mit dem Gesamtstaat.⁴

In der Fachliteratur besonders des 20. Jahrhunderts herrscht in Bezug auf die bundesstaatliche Homogenität das Verständnis eines *unentbehrlichen, notwendigen Wesensmerkmals* einer jeden stabilen Bundesstaatsordnung vor. In der deutschsprachigen Staatsrechtslehre ist allgemein anerkannt, dass die bundesverfassungsrechtlich bestimmten Homogenitätserfordernisse für eine befriedigende „Arbeitsfähigkeit“ des Bundesstaates von enormer Wichtigkeit sind.⁵ Einem solchen Verständnis der bundesstaatlichen Homogenität liegt eine *doppelte Bedeutung* zugrunde:

Einerseits übt das Homogenitätsgebot eine *integrierende Wirkung* auf die unveräußerliche innere Geschlossenheit des Bundesstaates aus. „Nur die Homogenität, die Voraussetzung eines bestimmten und einheitlichen Funktionierens gestattet es, ohne Gefährdung der politischen Einheit des Staatswesens [...] als impermeabel [...] zu behandeln.“⁶ Als ein „unerlässliches, in der Natur des Bundeskörpers gegründetes Gesetz“⁷ verstand *Johann Caspar Bluntschli* für die Schweizerische Eidgenossenschaft – den ersten europäischen Bundesstaat in seinem modernen Verständnis – die notwendige Systemharmonie zwischen den Gliedstaatsverfassungen und der Bundesverfassung.

Es ist daher die Aufgabe einer jeden bundesstaatlichen Verfassungsordnung, diese innere Harmonie *herzustellen* und *zu sichern*, was durch die bundesverfassungsrechtliche Verankerung des Homogenitätsprinzips möglich ist. Nach *Carlo Schmid* ist tatsächlich „eine grundsätzliche Heterogenität zwischen der Verfassungswirklichkeit des Bundes und der Länder eine Unmöglichkeit und die Gewährleistung der Homogenität eine selbstverständliche Pflicht des Bundes.“⁸ Zugleich ist es aber wichtig, bei der Gewährleistung des bestimmten bundesstaatlichen Homogenitätsgebotes der Rolle des Oberstaates Rechnung zu tragen und daher „auch die Verfassungshoheit als *Essentialia gliedstaatlicher Eigenständigkeit* zu wahren.“⁹

Andererseits birgt die Natur des Bundesstaates, der aufgrund eines besonderen inneren Verhältnisses den Oberstaat und die verfassungsautonomen Gliedstaaten in

⁴ Vgl. *Lang*, Die Philosophie des Föderalismus, S. 89 ff.

⁵ Vgl. *Werner*, Wesensmerkmale des Homogenitätsprinzips, S. 13 f.; *Messmer*, Georg, Föderalismus und Demokratie, Zürich 1946, S. 120; *Mangoldt*, Hermann von, Das Bonner Grundgesetz, Berlin u. a. 1953, S. 178.

⁶ *Forsthoff*, Ernst, Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat, Tübingen 1931, S. 110 f.

⁷ *Bluntschli*, Johann Caspar, Die neue Bundesverfassung der Schweiz, in: *Bluntschli*, Johann Caspar (Hrsg.), Blätter für politische Kritik, München 1848, S. 139.

⁸ *Schmid*, Karl (Carlo), Die politische und staatsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: Die Öffentliche Verwaltung, 1949, H. 11, S. 201, 204.

⁹ *Dittmann*, Armin, Verfassungshoheit der Länder und bundesstaatliche Verfassungshoheit, in: *Isensee*, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band VI: Bundesstaat, 3. Aufl., Heidelberg 2008, § 127 Rn. 2.

einem Gesamtstaat vereinigt, die Gefahr, dass politische und rechtliche Spannungen sowie innere Konflikte entstehen können.¹⁰ Gerade das bundesverfassungsrechtlich bestimmte Homogenitätsgebot soll eben diese Gefahr minimieren und den „extremen Konfliktfall“ (*Carl Schmitt*) innerhalb des Bundes¹¹ ausschließen. Mit Rücksicht auf die schützenswerte gliedstaatliche Verfassungsautonomie dient das bundesstaatliche Homogenitätsgebot als ein *verfassungsrechtliches Mittel der Konfliktverhütung und -bewältigung innerhalb des Bundesstaates*, das eine notwendige Vorbedingung der ansatzlos funktionierenden Gesamtrechtsordnung bildet.¹²

Es wäre aber falsch, das bundesstaatliche Homogenitätsgebot nur auf die Auflösung der Ausnahmesituation des „extremen Konfliktfalls“ zu reduzieren und die Geltung des Homogenitätsprinzips auf die Beilegung eines bereits aufgekommenen, scharfen innerstaatlichen Konfliktes zu beschränken. Statt des materiellrechtlichen Wesens schreibt *Peter Lerche* der bundesstaatlichen Homogenität einen *rein verfahrensrechtlichen* Sinngehalt zu. Ein so geartetes bundesverfassungsrechtliches Gebot muss auf „die Konflikte des täglichen Betriebs“ ausgerichtet werden, um ein Mindestmaß an Geschlossenheit der Gliedstaaten und des Oberstaates bei der Beilegung gewöhnlicher Störungen in der Zusammenarbeit zu sichern.¹³ Das bedeutet, dass das bundesverfassungsrechtlich bestimmte Homogenitätsgebot zuallererst die Rechts- und Wirkungseinheit des Bundesstaates sowie (idealerweise) die Abwehr von Konfliktsituationen und die normale Funktionsweise der Bund-Länder-Beziehungen gewährleisten muss und erst dann als verfassungsrechtliche Grundlage für die Anwendung von Zwangsmitteln wie Bundeszwang oder Bundesexekution herangezogen werden kann.

B. Das strukturelle (organisationsrechtliche) Homogenitätsgebot als eine der normativen Erscheinungsformen der bundesstaatlichen Homogenität

Abgesehen vom begrifflich einheitlichen Verständnis der bundesstaatlichen Homogenität (als Mindestmaß an Übereinstimmung der Gesamt- und Teilrechtsordnungen im Bundesstaat) äußert sich diese in vielfältiger Weise in den föderalen

¹⁰ Vgl. *Stern*, in: Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian/Walter, Christian (Hrsg.), *Bonner Kommentar zum Grundgesetz*, gegründet 1950, Heidelberg 2018, Art. 28 Rn. 7 (Lfg. Dezember 1964); *Dittmann*, in: HStR VI, 2008, § 127 Rn. 2.

¹¹ Vgl. *Schmitt*, Carl, *Verfassungslehre*, 3. Aufl., Berlin 1957, S. 375 f.

¹² Vgl. *Stern*, in: Kahl/Waldhoff/Walter, BK, Art. 28 Rn. 4, 7; *Werner*, *Wesensmerkmale des Homogenitätsprinzips*, S. 30.

¹³ Vgl. *Lerche*, Peter, *Föderalismus als nationales Ordnungsprinzip*, in: Bülck, Hartwig/Lerche, Peter/Weber, Werner/Stern, Klaus (Hrsg.), *Föderalismus als nationales und internationales Ordnungsprinzip. Die öffentliche Sache. Berichte und Aussprache zu den Berichten in den Verhandlungen der Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer zu Münster (Westfalen) vom 3. bis 6. Oktober 1962*, Berlin 1964, S. 84 ff., 87.